

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: G8 86 846 oppbn d



Inhalt

Alfred Emmerlich MdB,
Stellvertretender Vorsit-
zender der SPD-Bundestags-
fraktion, macht Anmerkun-
gen zur Rechts- und Innen-
politik der neuen Bundes-
regierung: Der Rechtsstaat
wird zurückgedreht.

Seite 1

Hans Büchler MdB, Deutsch-
landpolitischer Experte
der SPD-Bundestagsfraktion,
kommentiert die Vorstellun-
gen des designierten Mini-
sters für innerdeutsche
Beziehungen, Heinrich Win-
delen: Im Schatten von
Strauß.

Seite 3

Jan Oostergetelo MdB,
Agrarexperte der SPD-Bun-
destagsfraktion, befaßt
sich mit den Aktivitäten
des Bauernverbandspräsi-
denten und CDU-Parlamen-
tariers Freiherrn von
Heeremann.

Seite 4

39. Jahrgang / 61

29. März 1963

Der Rechtsstaat wird zurückgedreht

Anmerkungen zu einigen Aspekten der Rechts- und Innen-
politik

Von Dr. Alfred Emmerlich MdB
Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

Die neue Bundesregierung will mit ihren Koalitionsverein-
barungen zur Rechts- und Innenpolitik den Rechtsstaat zu-
rückdrehen. Das wird bei der Prüfung einiger markanter
Punkte überaus deutlich.

Wenden wir uns zunächst den Prüfaufträgen zu, die in der
Koalitionsvereinbarung enthalten sind. Sie scheinen die
gleiche Funktion zu haben wie andere schwammige Formu-
lierungen. Sie sollen der Koalition offensichtlich eine "Scham-
frist" für die auch hier geplante Rücknahme liberaler,
rechtsstaatlicher Errungenschaften einräumen.

Dies gilt zum Beispiel für die beabsichtigte Überprüfung
der Mindestverbüßungszeit bei der Verurteilung zu lebens-
langer Freiheitsstrafe. Noch vor drei Jahren forderte die
FDP statt der jetzt im Gesetz vorgesehenen Mindestverbü-
sungszeit von 15 Jahren eine solche von zehn, höchstens
zwölf Jahre.

Auch die Berichtsaufträge an den Bundesinnenminister stel-
len bewährte Regelungen erneut zur Disposition. Dies gilt
für die Berichte über die Auswirkungen der Regelungen für
die Amtshilfe zwischen Bundesgrenzschutz und Nachrichten-
diensten und die Praxis bei Bund, Ländern und Gemeinden
bei den Überprüfungen der Verfassungstreue.

Nicht mehr Gegenstand einer Prüfung, sondern beschlossene
Sache ist: Das Demonstrationsrecht wird eingeschränkt.
Den Gewalttätern kann damit freilich nicht besser entgegen-
getreten werden als bisher. Die Bereitschaft zur Gewalt-
tätigkeit wird erhöht. Mißtrauen und Ablehnung gegenüber

Verlag:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10/217
5300 Bonn 2
Telefon: (02 28) 8 12-1

Herzog-Druckerei
am ehemaligen Rathaus
Bonn-Lindendamm



der Polizei werden hervorgerufen oder bestärkt. Polizei, Staatsanwaltschaft und Gerichte haben sich mit einer Fülle von Bagatelisachen herumzuschlagen. Die wirklich wichtigen Aufgaben bleiben liegen und müssen vernachlässigt werden.

Mit der Neuregelung haben CDU und CSU erreicht, was sie schon immer als notwendig erachteten: Bei Massenverhaftungen à la Nürnberg eine Rechtsgrundlage zu haben, die Freisprüche ausschließt und Verurteilungen und Bestrafungen gewährleistet. Was die FDP anlangt, so dürfte nunmehr wohl jedem klar sein: Sie kann den freiheitlichen Rechtsstaat immer weniger gegen die Wende nach rückwärts verteidigen. Sie will es auch nicht, wenn sie damit ihre Beteiligung an der Regierungsmacht und ihren Minister-sesseln in Gefahr bringt.

Und schließlich der Datenschutz: Die Vereinbarungen dazu geben Veranlassung zur Besorgnis: Die beabsichtigte Novelle zum Datenschutzgesetz wird nur in einem Punkt inhaltlich präzisiert (Verbesserung des Datenschutzes im sogenannten "Intimbereich" im Gesundheitswesen). Die sonst beabsichtigten Änderungen bleiben im Dunkeln. Nicht auszuschließen ist daher, daß Verschlechterungen geplant sind. Darauf deutet auch die Feststellung hin, daß sich die Institution des Datenschutzbeauftragten nur "im wesentlichen" bewährt haben soll. Auch hier werden Änderungen, die eine Einschränkung der Rechte des Datenschutzbeauftragten zum Ziel haben, offensichtlich schon ins Auge gefaßt.

Aufschlußreich schließlich auch die "Lücken": Bezeichnend ist, daß in der Koalitionsvereinbarung keinerlei Aussagen zur Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität, zum Verbraucherschutz und zum Schutz des kleinen Mannes vor dem Mißbrauch wirtschaftlicher Übermacht enthält. Während man sich ausführlich damit beschäftigt, tatsächliche oder vermeintliche Mißbräuche der Sozialversicherungssysteme und der Sozialleistungen durch die "kleinen Leute" zu bekämpfen, sieht man keinerlei Anlaß, parallel dazu die "kleinen Leute" vor Mißbräuchen und Schäden zu bewahren. Die Ellbogengesellschaft läßt grüßen.

(-/29.3.1983/ks/rs)

+ + +



Im Schatten von Strauß

Heinrich Windelen bietet überhaupt keine Gewähr für Kontinuität

Von Hans Büchler MdB

Bundesminister Dr. Barzel sah wohl die Gefährlichkeit der von Strauß geforderten politischen Wende in der Ostpolitik, als er am 24. Januar 1983 in einer Presseerklärung des Bundesministeriums für innerdeutsche Beziehungen feststellte, daß es irrig sei, anzunehmen, der Kalte Krieg sei die einzige Alternative zur Entspannungspolitik. Unklar blieb, an welche andere Alternative er dabei dachte. Dr. Barzel konnten wir Sozialdemokraten trotz seines inkonsequenten Auftretens nicht den Willen zur Kontinuität gänzlich absprechen.

Sein designierter Nachfolger, Heinrich Windelen, dagegen bietet überhaupt keine Gewähr für eine einigermaßen konstruktive Fortsetzung der Deutschland- und Ostpolitik. Zu sehr stand und steht der Vertriebenenminister des Jahres 1969 im Schatten von Strauß und Zimmermann. Vielfach tat er sich in der Vergangenheit als Scharfmacher hervor.

Für ihn als eingefleischten Gegner der Ostverträge sollen nur Rechtspositionen das Verhältnis der Bundesrepublik Deutschland zur DDR und den östlichen Nachbarn bestimmen. Ganz und gar unakzeptabel ist für ihn die Aussage über die westliche Staatsgrenze der Volksrepublik Polen in Artikel I des Vertrages zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen vom 7. Dezember 1970.

Schon ein halbes Jahr vor Bundesminister Zimmermann hat Windelen dessen Definition nahezu wörtlich vorweggenommen: "Eine auf die Einheit Deutschlands gerichtete politisch gestaltende internationale Politik fehlt seit nunmehr zwölf Jahren. Die Frage der Einheit Deutschlands beantwortet sich nicht allein aus dem Verhältnis der Bundesrepublik Deutschland zur DDR. So wichtig dies auch ist. Wir brauchen eine Politik, die deutlich macht: Auch Ostpreußen ist deutsches Land."

Die Frage der deutschen Grenzen heute aufzuwerfen, kann nur zu Ängsten und Befürchtungen bei denen führen, die in Vertrauen auf die Vertragstreue der Deutschen gemeinsam mit uns das Werk des Ausgleichs begonnen haben.

Mit dem Wechsel im Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen hatten Bundesminister Zimmermann und Strauß die Garantie, daß die von ihnen geforderte Wende auch in der Deutschlandpolitik eintritt.
(-/29.3.1983/ks/rs)

+ + +



Parteipropagandist oder Bauernverbandspräsident?

Freiherr von Heeremann sucht Profil als CDU-Mann

Von Jan Oostergetelo MdB

Es ist liebgewordener Brauch, daß der Deutsche Bauernverband (DBV) Interessierte mit der Zusendung des wöchentlichen DBV-Pressedienstes verwöhnt. Eifriges Studium ist anzuraten, informiert dieser Dienst doch - sozusagen offiziell - über den Standpunkt des DBV zu allen Fragen im Agrarbereich.

In der Ausgabe 11/83 gewinnt diese Information jedoch eine neue Dimension, denn was als Auftreten des DBV-Präsidenten vor dem niedersächsischen Landvolk in Celle angekündigt wird, entpuppt sich als Auftritt eines CDU-Mannes, der sich durch flexible Anpassung an seine Partei in letzter Minute für höhere Weihen zu qualifizieren hofft.

Im Gegensatz zum stellvertretenden Generalsekretär seines Verbandes, der in gleicher Ausgabe hart, aber nicht unfair in der Form argumentativer Darstellung für die Interessen seiner Verbandsmitglieder ficht, beschränkt sich CDU-Heeremann auf schiere Parteifagitation.

Nachdem er zu Beginn die Regierungen Dänemarks und Griechenlands abqualifiziert hat - die einen wollen "nicht über den Rand ihrer Heringsfässer hinausschauen", von den anderen könne man nichts erwarten, denn sie seien "sozialistisch" - dämpft er die solcherart geweckten Erwartungen an die deutsche EG-Präsidentschaft unter Kohl, indem er ihr nun zubilligt, an der EG-Front könne man sich nur schwer mit Ruhm bekränzen.

Abgesehen davon, daß es wohl nicht Aufgabe des Bauernverbandspräsidenten ist, überhaupt und erst recht auf diese Art das Verhalten befreundeter Regierungen abzuurteilen, erstaunt es doch sehr, daß ein Verbandspräsident der eigenen Regierung einen Persilschein für präsumtive Erfolgslosigkeit ausstellt, anstatt sie mit den Forderungen aus legitimen Interessen seiner Mitglieder zu konfrontieren.

In den Zeiten der sozialliberalen Regierung war dies auf jeden Fall noch ganz anders.

Nach der zu erwartenden Forderung nach sieben Prozent Preiserhöhung bei der Agrarpreisrunde in Brüssel, ist dieses Kapitel für ihn nämlich schon abgeschlossen! Da er wohl selbst fürchtet, mit dieser Forderung allein den Erwartungen seiner Zuhörer nicht zu genügen, versucht er durch einen politischen Rundumschlag gegen die politischen Gegner - wohlgernekt der CDU, nicht des Bauernverbandes - abzulenken.

Da wird dann Hans-Jochen Vogels Mahnung, auch gegenüber den in einer Existenzkrise befindlichen Bauern der sozialen Fürsorgepflicht besser gerecht zu werden, zum Indiz dafür, daß "der olle Marx aus der Kiste lugt"; die durch Finanzkrise und sattnam bekannte Schwachpunkte zum Sprengstoff gewordene Gemeinsame Agrarordnung wird kurzerhand wieder zur funktionierenden Klammer und wer die bestehende Ungerechtig-



keit der Mittelvergabe aufzeigt, erhält das Prädikat "antibäuerlich" angeheftet. Genug solcher Aufzählung, wenn auch Herr Heeremann in Celle noch rüstig fortfährt.

Es läßt tief blicken, wenn Freiherr von Heeremann beim Auftreten als Präsident des Deutschen Bauernverbandes die Interessen und Probleme seiner Verbandsmitglieder offensichtlich hintenanstellt, um persönlichen oder Parteiinteressen den Vorzug zu geben. Denn wie anders wäre zu erklären, daß kein Wort fällt zu den erneut virulent gewordenen Finanzierungsschwierigkeiten, zu den negativen Auswirkungen der Überschußproduktion auf die bäuerlichen Einkommen, durch die inzwischen 25 Prozent der Vollerwerbsbetriebe der deutschen Landwirtschaft in echte Existenznot geraten sind.

Wo bleibt die konkrete Forderung, oder auch nur der Vorschlag des Bauernverbandes, wie er diesen Betroffenen zu helfen gedenkt?

Obwohl doch Interessenvertreter aller Bauern, schweigt er zu diesen Tatsachen, da er wohl befürchten muß, daß eine Auseinandersetzung mit diesem Problem Fragen aufwirft, auf die die CDU-Politik keine befriedigenden Antworten gibt.

Das Schweigen in diesem Punkt beschwört die Gefahr herauf, daß eine Politik des "Wachse oder Weiche" erneut zu Ehren kommt, und das in Zeiten ungelöster Überschußprobleme. Eine Hinwendung zu immer größeren Betriebseinheiten schüfe nur eine noch produktionsstärkere Struktur, und beschränkte somit einen Weg, der Arbeitsplatz-, Ökologie- und Finanzierungserfordernisse außer acht läßt, die Einkommensprobleme der Landwirtschaft nicht löst - alle übrigen Probleme aber noch verschlimmert.

Wenn sich mit Hans-Jochen Vogel endlich ein Politiker von Gewicht für eine Reform ausspricht, die nicht nur die neuhinzugekommenen Problembereiche endlich berücksichtigt, sondern darüber hinaus gerade für die 100.000 Vollerwerbsbetriebe in Existenznot eine bedeutende Verbesserung ihrer Lage herbeiführen will, sollte der Verband den Betroffenen darlegen, welche Lösungen er anstrebt, daß er glaubt, diese Aussagen ignorieren zu müssen.

Denn auch mit Auftritten à la Celle kann der DBV-Präsident auf Dauer nicht verbergen, daß sich seine Positionen zu den Interessen eines großen Teiles seiner Mitgliedschaft in bedenklicher Schiefelage befinden.

Es bleibt nur zu hoffen, daß nach der nun erfolgten Berufung von Herrn Kiechle zum Landwirtschaftsminister, Freiherr von Heeremann wieder willens und in der Lage ist, seine Funktionen zum Nutzen beider Bereiche sauber auseinanderzuhalten.

(-/29.3.1983/ks/rs)

* * *

